

Initiativantrag an den SPD-Bundesparteitag vom 17. bis zum 19. November 2004 in Bochum

Antragsteller: SPD-OV Obercastrop-Mitte und AfA-Stadtverband Castrop-Rauxel

Neue Zeiten denken – Wir fordern sozial-gerechte Reformen

Es ist notwendig, die sozialen Systeme in Deutschland neu zu strukturieren, um sie auch für die Zukunft sicher und tragfähig zu machen.

Wir begrüßen deshalb den Reformwillen unserer regierenden SPD.

Die SPD ist nach unserer Auffassung die einzige Partei, die den Umbau der Sozialsysteme gerecht durchführen kann. In ihrer 140-jährigen Tradition hat sie bewiesen, dass sie die „Soziale Gerechtigkeit“ immer zur Grundlage ihres politischen Handelns gemacht hat. Wir fordern von der SPD-geführten Bundesregierung ein, dass sie bei ihren Reformen diese Grundlage berücksichtigt.

Aufgrund der jetzigen vorgestellten Maßnahmen gewinnen wir allerdings den Eindruck, dass diese Reformen nicht sozial gerecht durchgeführt werden. Wir sehen eine deutliche Mehrbelastung der ArbeitnehmerInnen, der RenterInnen und der jungen Generation. Wir glauben, dass all diese Gruppen bereit sind, ihren Beitrag zur Reform der Sozialsysteme zu leisten, wenn man ihnen deutlich macht, dass die Verteilung der Lasten gerecht ist.

Diesen Eindruck haben wir bei einigen Reformvorhaben der Bundesregierung **nicht !**

Änderungen im Bereich der Rente dürfen nicht nur dem Diktat der Beitragsstabilität und der alleinigen sozial ungerechten prozentual gleichen Belastung von Rentnerinnen und Rentnern folgen. Diese Logik müsste sonst in einer erneut schwierigen Beitragslage zu drastischen Rentenkürzungen führen. Das ist insbesondere den immer noch zahlreichen Menschen mit Kleinrenten nicht zuzumuten.

Im Rahmen der Gesundheitsreform wurden die Beitragszahler einseitig belastet. Dieses darf sich nicht wiederholen. Wir wollen jetzt, dass weitere Strukturveränderungen im System vorgenommen werden, die zu mehr Effizienz und weniger Mitnahmeeffekten insbesondere bei der Pharmaindustrie führen und die Beiträge im Rahmen einer Bürgerversicherung auf eine breitere Basis stellen. Grundsätzlich wenden uns gegen jeden Versuch, einen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen vorzunehmen.

Im Bereich der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kommt es zu manchen Verbesserungen. Insgesamt drohen jedoch viele Menschen in eine Abwärtsspirale zu geraten. Die erkämpften Abmilderungen der Gesetze im Rahmen von Hartz 4 dürfen nicht in Vermittlungsgesprächen mit CDU, CSU und FDP zurückgenommen werden. Das Tarifrecht ist schon jetzt höchst flexibel. Ein Aufweichen der Tarifautonomie würde die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber zum Spielball machen. Das darf es niemals geben!

Die SPD ist die Partei der „Sozialen Gerechtigkeit“. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, die Lasten dieser Reformen gerecht zu verteilen.

Darum fordern wir:

- **Die Schließung von Steuerschlupflöchern und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung (ca. 140 Mrd. pro Jahr Einnahmenverlust!)**
- **Die Einführung einer Arbeitsversicherung**
- **Die Einführung einer Bürgerversicherung**
- **Die Einführung einer Vermögenssteuer**
- **Die Einführung einer Erbschaftssteuer im Bereich hoher Erbschaften**
- **Die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage**
- **Die Einführung einer Gemeindefinanzierungssteuer**

Wir glauben, dass durch diese Maßnahmen die Einnahmenseite des Staates deutlich verbessert werden kann und somit die Möglichkeit gegeben ist, dass der notwendige Umbau des Sozialstaates nicht zu einem einseitigen Abbau führt.